



Altersvorsorge

Der Blick auf die Durchschnittsrenten liefert ein Trugbild



Wer die Milchstrasse betrachtet, sieht nicht das Sternenlicht von heute, sondern das Licht, das diese Sterne Jahrzehnte zuvor ausgestrahlt haben. In Analogie dazu beschreibt die Analyse der Durchschnittsrenten von Personen, die heute im Ruhestand sind, nicht die heutige Arbeitswelt, sondern jene der Vergangenheit. Stützt man sich nur auf solche vergangenheitsbezogenen Daten, riskiert man, Probleme zu lösen, die es heute nicht mehr im gleichen Ausmass gibt.

[Der Blick auf die Durchschnittsrenten liefert ein Trugbild](#)

Die Zahl



Bei der Einführung des Drei-Säulen-Systems im Jahr 1972 sollten die angesammelten Ersparnisse für 15 Lebensjahre im Ruhestand ausreichen. Heute müssen sie sechs zusätzliche Jahre abdecken, was einem Anstieg um 40 % entspricht. *(Sonia Estevez)*

14. Wettbewerbspolitischer Workshop

Gesundheitswesen: Rettet den Restwettbewerb!



Das Wort «Wettbewerb» kommt im Krankenversicherungsgesetz kein einziges Mal vor. Was bedeutet das für unser Gesundheitswesen? Am wettbewerbspolitischen Workshop von Avenir Suisse haben Expertinnen und Experten darüber diskutiert, wie weit das Kartellrecht im Gesundheitswesen greift – und wo die Stellschrauben sind, um mehr Wettbewerb zu erhalten.

[Gesundheitswesen: Rettet den Restwettbewerb!](#)

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Industriepolitik: Geht es um den Preis, den die Industrie für Strom bezahlt, belegt die Schweiz unter ausgewählten europäischen Ländern den unrühmlichen zweiten Platz. Teurer ist der Strom nur noch in den Niederlanden. Dies berichtet die [«Finanz und Wirtschaft»](#) auf ihrer Frontseite und verweist auf unsere Kurzanalyse [«Emotionale Diskussion um Industriestrom: Wie teuer ist die Schweiz?»](#).

Aus Sicht der Schweizer Industrieunternehmen wirken sich die gestiegenen Stromkosten negativ auf die Konkurrenzfähigkeit des Standortes aus. Um ihre Industrie zu entlasten, hat Deutschland staatliche Massnahmen ergriffen. «Deutschland hat damit die Kosten vom Stromverbraucher zum Steuerzahler verschoben», sagt Senior Fellow Christoph Eisenring gegenüber der «Finanz und Wirtschaft».

Insbesondere die Schweizer Stahlindustrie kämpft mit den hohen Energiekosten. Nun empfiehlt die zuständige Kommission des Nationalrates gegen den Willen des Bundesrates, den hiesigen Stahlwerken zu helfen. Zwar helfen Subventionen einzelnen Unternehmen und Branchen, sie benachteiligen jedoch die restliche Wirtschaft, so die Tamedia-Zeitungen (z.B. [«Tages-Anzeiger»](#)) und die [«WOZ»](#), die ebenfalls auf unsere [Kurzanalyse](#) verweisen. Auf [LinkedIn](#) hat Christoph Eisenring die wichtigsten Argumente gegen Subventionen für Stahlfirmen zusammengefasst.

Steuerrückvergütung: Basierend auf unserer Studie [«Budgetierung ausser Rand und Band»](#) hat der Grosse Rat im Kanton Aargau Anfang November ein Postulat der FDP für eine Steuerrückvergütung an den Regierungsrat überwiesen. Nun wurde das Postulat zur Prüfung der Umsetzung in die Anhörung weitergeleitet, berichtet die [«Aargauer Zeitung»](#). Laut unserer Studie liegt das jährliche Sparpotenzial im Aargau bei 472 Franken pro Haushalt – basierend auf den Überschüssen zwischen 2016 und 2022.

Die [«Tribune de Genève»](#) hat die Thematik ebenfalls aufgenommen und verweist auf Basel-Stadt, wo aktuell ein Gesetz zur Steuerrückvergütung ausgearbeitet wird. Der Kanton Genf dagegen geht einen anderen Weg und tilgte mit dem Rekordüberschuss von 1,4 Milliarden Franken im Jahr 2023 einen Teil seiner Schulden, bot kostenlose Leistungen im öffentlichen Verkehr an und eine Steuerreduktion von durchschnittlich 8 % ist in Planung.

Der Luzerner Regierungsrat Reto Wyss erklärte in der [«Luzerner Zeitung»](#), dass die Umsetzung einer Steuerrückzahlung schwierig sei. Eine Anpassung des Steuerfusses biete mehr Flexibilität, da hierfür keine Gesetzesänderung notwendig sei.

Künstliche Intelligenz: Ein Postulat der [SP-Nationalrätin Estelle Revaz](#) fordert den Bundesrat auf, die Auswirkungen von KI auf sogenannte Frauenberufe (Berufe mit einem Frauenanteil von über 75 %) zu untersuchen und Massnahmen zum Schutz sowie zur Unterstützung der betroffenen Arbeitskräfte vorzuschlagen. Der Bundesrat lehnt das Postulat ab und verweist in seiner Stellungnahme auf die Avenir-Suisse-Studie [«Zukunftssichere Berufe?»](#). Die Studie zeigt etwa, dass Frauen leicht häufiger in Tätigkeitsfeldern arbeiten, die weniger von KI tangiert sind. Zudem wählen junge Frauen zunehmend Berufe, in denen die «Konkurrenzgefahr» durch KI geringer ist.

Arbeitsmarkt: «Welche Berufe werden gefragt sein?», hat die «Weiterbildungsbeilage der NZZ» (Printausgabe) gefragt. Für Avenir-Suisse-Fellow Patricia Schafer sind für die künftigen Entwicklungen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt drei Treiber zentral: der technologische Umbruch, die demografischen Veränderungen und die gesellschaftlichen Entwicklungen, wie der Wunsch nach einer besseren Work-Life-Balance oder tieferen Arbeitspensen.

Altersvorsorge: Die Mehrheit der Rentner und Rentnerinnen in Pflegeheimen ist auf staatliche Unterstützung angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Dies belastet vor allem die jüngeren Generationen und die Erwerbstätigen, wie Diego Taboada, Mitautor unserer Studie [«Altersvorsorge neu gedacht»](#), in der [«La Liberté»](#) erläutert. Ein weiteres Problem: Es fehlen Anreize zum Sparen. Wer sein Vermögen vor dem Eintritt ins Altersheim vollständig aufbraucht, hat Anspruch auf Ergänzungsleistungen. Sparsame Personen hingegen müssen die Kosten aus eigener Tasche tragen.

Unsere aktuellen Publikationen

[Zukunftssichere Berufe?](#)

[Altersvorsorge neu gedacht](#)

[Der Weg zu gesunden Bundesfinanzen](#)

Newsletter verpasst?
Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).